Verordnungsblatt
für das Generalgouvernement

Dziennik Rozporządzeń
dla Generalnego Gubernatorstwa

1943 | Ausgegeben zu Krakau, den 30. Januar 1943
Wydano w Krakau, dnia 30 stycznia 1943 r. | Nr. 5

Tag / dzień — **Inhalt / Treść** — Seite / strona

Verordnung
über den Jugenddienst im Generalgouvernement.

Vom 19. Januar 1943.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

§ 1

Dienstpflicht.

(1) Der Dienst in der Hitler-Jugend ist Ehrendienst am deutschen Volke.

(2) Alle deutschen Jugendlichen vom 10. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sind verpflichtet, die Jugenddienstpflicht abzuleisten, und zwar

1. die Jungen im Alter von 10 bis 14 Jahren im „Deutschen Jungvolk",
2. die Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren in der „Hitler-Jugend",
3. die Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren im „Jungmädelbund",
4. die Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren im „Bund Deutscher Mädel".

(3) Deutsche Schüler und Schülerinnen der Volksschule, die das 14. Lebensjahr bereits vollendet haben, bleiben bis zu ihrer Schulentlassung Angehörige des Deutschen Jungvolks oder des Jungmädelbundes.

(4) Deutsche Jugendliche im Sinne des Abs. 2 sind solche Jugendliche, die

1. die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder
2. deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 1 der Verordnung über die Einführung einer Kennkarte für deutsche Volkszugehörige im Generalgouvernement vom 26. Januar 1940 (VBlGG. I S. 36) sind.

(5) Deutschstämmige Jugendliche im Sinne des § 2 der Verordnung über die Einführung eines Ausweises für Deutschstämmige im Generalgouvernement vom 29. Oktober 1941 (VBlGG. S. 622) können zur Jugenddienstpflicht in der Hitler-Jugend herangezogen werden. Zur Jugenddienstpflicht sind sie verpflichtet, wenn der Leiter des Amtes für Jugend in der Regierung des Generalgouvernements sie durch schriftlichen Bescheid auffordert. Der Bescheid ist auch dem gesetzlichen Vertreter oder demjenigen, dem die Sorge für ihre Person zusteht oder der sie kraft tatsächlicher Gewalt ausübt (z. B. Leiter eines Wohn-, Lehrlings- oder Schülerheimes), zuzustellen.

(6) Jugendliche, die deutsche Staatsangehörige sind (Abs. 4 Nr. 1), aber nicht zum deutschen Volkstum gehören, können auf Antrag ihres gesetzlichen Vertreters oder desjenigen, dem die Sorge für ihre Person zusteht, von der Jugenddienstpflicht befreit werden.

§ 2

Uniform.

Die Jugenddienstpflichtigen sind berechtigt und — soweit es angeordnet ist — verpflichtet, die vorgeschriebene Uniform zu tragen.

§ 3
Unwürdigkeit.

(1) Von der Jugenddienstpflicht sind Jugendliche ausgeschlossen, die

1. ehrenrührige Handlungen begehen,
2. wegen ehrenrühriger Handlungen vor Inkrafttreten dieser Verordnung aus der Hitler-Jugend ausgeschlossen sind,
3. durch ihr sittliches Verhalten Anstoß erregen und dadurch die Hitler-Jugend schädigen könnten.

(2) Von der Jugenddienstpflicht sind ferner Jugendliche ausgeschlossen, solange sie behördlich verwahrt werden.

§ 4
Untauglichkeit.

Jugendliche, die nach dem Gutachten einer HJ-Gesundheitsstelle oder eines von der Hitler-Jugend beauftragten Arztes für den Dienst in der Hitler-Jugend untauglich oder bedingt tauglich befunden werden, müssen entsprechend dem ärztlichen Gutachten ganz oder teilweise von der Jugenddienstpflicht befreit werden.

§ 5
Zurückstellung und Befreiung.

(1) Auf Antrag des gesetzlichen Vertreters oder desjenigen, dem die Sorge für ihre Person zusteht oder der sie kraft tatsächlicher Gewalt ausübt oder des zuständigen HJ-Führers können Jugendliche jeweils bis zur Dauer eines Jahres von der Jugenddienstpflicht befreit oder zurückgestellt werden, wenn sie

1. in ihrer körperlichen Entwicklung erheblich zurückgeblieben sind oder
2. nach dem Urteil des Schulleiters ohne die Befreiung den Anforderungen der Schule nicht genügen können.

(2) In Einzelfällen kann auch dann einem Antrag auf Zurückstellung oder Befreiung von der Jugenddienstpflicht stattgegeben werden, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht gegeben sind, aber andere dringende Gründe vorliegen, die das einstweilige oder dauernde Fernbleiben eines Jugendlichen vom Dienst rechtfertigen.

§ 6
Disziplinarordnung.

Die Jugenddienstpflichtigen unterstehen einer besonderen Disziplinarordnung der Hitler-Jugend.

§ 7
Anmeldung und Aufnahme.

(1) Alle deutschen Jugendlichen sind zur Jugenddienstpflicht anzumelden.

(2) Zu der Anmeldung ist in erster Linie der gesetzliche Vertreter des Jugendlichen, in zweiter Linie derjenige, dem die Sorge für seine Person zusteht oder der sie kraft tatsächlicher Gewalt ausübt, verpflichtet.

(3) Befindet sich ein Jugendlicher in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis und hält sich der zur Anmeldung Verpflichtete im Generalgouvernement nicht auf, so ist der Jugendliche selbst verpflichtet, die Anmeldung vorzunehmen. In diesem Falle entfällt die Verpflichtung zur Anmeldung nach Abs. 2.

§ 8
Entlassung.

Aus der Jugenddienstpflicht werden entlassen

1. Jugendliche nach Ablauf der in § 1 festgesetzten Zeit, und Mädchen, die in den Ehestand treten,
2. Jugendliche, bei denen festgestellt wird, daß sie nach den Bestimmungen dieser Verordnung von der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Hitler-Jugend ausgeschlossen sind,
3. Jugendliche, gegen die nach der Disziplinarordnung der Hitler-Jugend auf Ausscheiden erkannt wird.

§ 9
Strafbestimmungen.

(1) Wer seine Pflicht zur Anmeldung eines deutschen Jugendlichen verletzt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Zloty oder mit Haft bestraft.

(2) Mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer böswillig einen Jugendlichen vom Dienst in der Hitler-Jugend abhält oder abzuhalten versucht.

(3) Wer ein auf Täuschung berechnetes Mittel anwendet um zu erreichen, daß er oder ein anderer zur Jugenddienstpflicht herangezogen wird, ohne daß die Voraussetzungen des § 1 Abs. 4 erfüllt sind, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus, bestraft.

(4) Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Leiters des Amtes für Jugend in der Regierung des Generalgouvernements ein. Der Antrag kann zurückgenommen werden.

§ 10
Zwangsmittel.

Der Leiter des Amtes für Jugend in der Regierung des Generalgouvernements kann sich der Behörden der deutschen Polizei bedienen, um Jugendliche zur Erfüllung der Pflichten anzuhalten, die ihnen auf Grund dieser Verordnung und der zu ihr ergehenden Anordnungen auferlegt sind.

§ 11
Ausnahmevorschriften.

Auf die zur Jugenddienstpflicht Herangezogenen sowie auf Führer und Führerinnen der Hitler-Jugend findet Nr. 2 der Anordnung über die Errichtung der „Deutschen Gemeinschaft" im Generalgouvernement vom 7. Mai 1941 (VBlGG. S. 415) sowie Nr. 4 des Erlasses über die Aufstellung von Wehrschützenbereitschaften im Generalgouvernement vom 17. Dezember 1941 (VBlGG. 1942 S. 1) keine Anwendung.

§ 12
Ermächtigung.

Der Leiter des Amtes für Jugend in der Regierung des Generalgouvernements wird ermächtigt, Anordnungen zu dieser Verordnung zu erlassen. Er ist ermächtigt, die ihm nach dieser Verordnung zustehenden Befugnisse mit Ausnahme der Ermächtigung zum Erlaß von Anordnungen auf nachgeordnete Dienststellen zu übertragen.

§ 13
Inkrafttreten.

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1943 in Kraft.

Krakau, den 19. Januar 1943.

Der Generalgouverneur
Frank

Zweite Durchführungsvorschrift

zur Verordnung vom 9. November 1939 über die Verwaltung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement.

Vom 14. Januar 1943.

Zur Durchführung der Verordnung über die Verwaltung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement vom 9. November 1939 (VBlGG. S. 29) bestimme ich:

Zu § 2 der Verordnung:

§ 1

(1) Im Generalgouvernement ausschließlich des Distrikts Galizien gilt die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 17. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 541) in der Fassung, die zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung über die Verwaltung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement vom 9. November 1939 (VBlGG. S. 29) Gültigkeit hatte, soweit nicht durch die Verordnung über die Geltung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung im Generalgouvernement vom 14. August 1941 (VBlGG. S. 479) oder die Bahnpolizeiordnung für die Ostbahn (BPO.) vom 9. Mai 1941 (VBlGG. S. 287) etwas anderes bestimmt ist.

(2) Änderungen und Ergänzungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für das Reichsgebiet gelten im Generalgouvernement nur, wenn sie dort ausdrücklich eingeführt werden.

§ 2

Soweit die bei Inkrafttreten dieser Durchführungsvorschrift bestehenden baulichen Anlagen und vorhandenen Fahrzeuge von den Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 17. Juli 1928 abweichen oder die Innehaltung der Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung über den Bahnbetrieb nicht gestatten, werden die Abweichungen bis auf weiteres als Ausnahmen zugelassen.

§ 3

Diese Durchführungsvorschrift tritt am 1. Februar 1943 in Kraft. Sie gilt nicht für den Distrikt Galizien.

K r a k a u, den 14. Januar 1943.

Der Generalgouverneur
Im Auftrag
G e r t e i s

Drugie postanowienie wykonawcze

do rozporządzenia z dnia 9 listopada 1939 r. o administracji kolejnictwa w Generalnym Gubernatorstwie.

Z dnia 14 stycznia 1943 r.

Celem wykonania rozporządzenia o administracji kolejnictwa w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 9 listopada 1939 r. (Dz. Rozp. GG. str. 29) postanawiam:

Do § 2 rozporządzenia:

§ 1

(1) W Generalnym Gubernatorstwie z wyjątkiem Okręgu Galizien (Galicja) obowiązuje regulamin budowy i ruchu kolei z dnia 17 lipca 1928 r. (Dz. U. Rzeszy Niem. II str. 541) w brzmieniu, które obowiązywało w czasie wejścia w życie rozporządzenia o administracji kolejnictwa w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 9 listopada 1939 r. (Dz. Rozp. GG. str. 29), o ile drogą rozporządzenia o mocy obowiązującej regulaminu budowy i ruchu kolei w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 14 sierpnia 1941 r. (Dz. Rozp. GG. str. 479) lub ordynacji policyjno-kolejowej dla Kolei Wschodniej (OPK) z dnia 9 maja 1941 r. (Dz. Rozp. GG. str. 287) nie postanowiono czego innego.

(2) Zmiany i uzupełnienia regulaminu budowy i ruchu kolei dla obszaru Rzeszy obowiązują w Generalnym Gubernatorstwie tylko o tyle, o ile wyraźnie będą tam wprowadzone.

§ 2

O ile w chwili wejścia w życie niniejszego postanowienia wykonawczego istniejące urządzenia budowlane i pojazdy mechaniczne odbiegają od postanowień regulaminu budowy i ruchu kolei z dnia 17 lipca 1928 r. lub nie zezwalają na zachowanie postanowień regulaminu budowy i ruchu kolei w sprawie ruchu kolejowego, odchylenia będą dopuszczone aż do nowego zarządzenia jako wyjątki.

§ 3

Niniejsze postanowienie wykonawcze wchodzi w życie z dniem 1 lutego 1943 r. Nie obowiązuje ono w Okręgu Galizien (Galicja).

K r a k a u, dnia 14 stycznia 1943 r.

Generalny Gubernator
Z polecenia
G e r t e i s

Zweite Anordnung

über den Rechtshilfeverkehr mit dem Deutschen Reich in Strafsachen.

Vom 30. Dezember 1942.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz ordne ich an:

Abschnitt IV der Anordnung über den Rechtshilfeverkehr mit dem Deutschen Reich in Strafsachen vom 1. August 1940 (VBlGG. II S. 414) erhält folgende Fassung:

Drugie zarządzenie

w sprawie pomocy prawnej z Rzeszą Niemiecką w sprawach karnych.

Z dnia 30 grudnia 1942 r.

W porozumieniu z Ministrem Sprawiedliwości Rzeszy zarządzam:

Rozdział IV zarządzenia w sprawie pomocy prawnej z Rzeszą Niemiecką w sprawach karnych z dnia 1 sierpnia 1940 r. (Dz. Rozp. GG. II str. 414) otrzymuje następujące brzmienie:

„IV.

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung und Strafvollstreckung.

(1) Will der Leiter einer Anklagebehörde bei einem Sondergericht (Leiter einer Deutschen Staatsanwaltschaft) eine Justizbehörde im Deutschen Reich um die Übernahme einer Strafverfolgung ersuchen, so richtet er das Ersuchen unmittelbar an den zuständigen Oberstaatsanwalt im Deutschen Reich.

(2) Will eine deutsche Strafvollstreckungsbehörde im Generalgouvernement eine Justizbehörde im Deutschen Reich um die Vollstreckung eines Straferkenntnisses ersuchen, so richtet sie das Ersuchen unmittelbar an den zuständigen Generalstaatsanwalt im Deutschen Reich.

(3) Die nichtdeutschen Justizbehörden im Generalgouvernement haben Ersuchen um Übernahme einer Strafverfolgung oder um Vollstreckung eines Straferkenntnisses dem Gouverneur des Distrikts (Abteilung Justiz) vorzulegen; dieser leitet sie nach Prüfung an den zuständigen Oberstaatsanwalt oder Generalstaatsanwalt im Deutschen Reich weiter, je nachdem es sich um die Übernahme einer Strafverfolgung oder um die Vollstreckung eines Straferkenntnisses handelt.

(4) Die Justizbehörden im Deutschen Reich werden Ersuchen um Übernahme einer Strafverfolgung oder um Vollstreckung eines Straferkenntnisses an den zuständigen Leiter der Anklagebehörde bei dem Sondergericht (Leiter der Deutschen Staatsanwaltschaft) im Generalgouvernement richten. Bestehen gegen die Übernahme der Strafverfolgung oder gegen die Erledigung des Ersuchens um Vollstreckung eines Straferkenntnisses Bedenken, so ist mir unter Beifügung der Akten in drei Stücken zu berichten.

(5) Eines Berichts an mich bedarf es in allen Fällen, in denen die Kenntnis des Sachverhalts für mich bedeutsam erscheint."

Krakau, den 30. Dezember 1942.

Der Leiter
der Hauptabteilung Justiz
in der Regierung des Generalgouvernements
In Vertretung
Ganser

„IV.

Wezwanie o przejęcie ścigania karnego i o wykonanie kary.

(1) Jeżeli kierownik władzy oskarżenia przy sądzie specjalnym (Kierownik Niemieckiej Prokuratury) chce wezwać władzę sprawiedliwości w Rzeszy Niemieckiej o przejęcie ścigania karnego, to kieruje wezwanie bezpośrednio do właściwego nadprokuratora w Rzeszy Niemieckiej.

(2) Jeżeli niemiecka władza wykonania kary w Generalnym Gubernatorstwie chce wezwać władzę sprawiedliwości w Rzeszy Niemieckiej o wykonanie wyroku karnego, to kieruje ona wezwanie bezpośrednio do właściwego generalnego prokuratora w Rzeszy Niemieckiej.

(3) Nieniemieckie władze sprawiedliwości w Generalnym Gubernatorstwie winny przedkładać wezwania o przejęcie ścigania karnego lub o wykonanie wyroku karnego gubernatorowi okręgu (wydziałowi sprawiedliwości); ten po zbadaniu skierowuje je do właściwego nadprokuratora lub generalnego prokuratora w Rzeszy Niemieckiej zależnie od tego, czy chodzi o przejęcie ścigania karnego czy o wykonanie wyroku karnego.

(4) Władze sprawiedliwości w Rzeszy Niemieckiej kierują wezwania o przejęcie ścigania karnego lub o wykonanie wyroku karnego do właściwego kierownika władzy oskarżenia przy sądzie specjalnym (Kierownika Niemieckiej Prokuratury) w Generalnym Gubernatorstwie. Jeżeli przeciwko przejęciu ścigania karnego lub przeciwko załatwieniu wezwania o wykonanie wyroku karnego istnieją zastrzeżenia, to należy mnie zawiadomić przy dołączeniu aktów w trzech egzemplarzach.

(5) Złożenia mi sprawozdania wymaga się we wszystkich wypadkach, w których znajomość stanu sprawy wydaje się dla mnie ważną."

Krakau, dnia 30 grudnia 1942 r.

Kierownik
Głównego Wydziału Sprawiedliwości
w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa
W zastępstwie
Ganser

Herausgegeben von dem Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements, Krakau 20, Regierungsgebäude. Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau G m b H Krakau, Poststrasse 1. Erscheinungsweise: Nach Bedarf Bezugspreis: Vierteljährlich 12,— Zloty (6,— RM) einschliesslich Versandkosten Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet, und zwar beträgt der Preis je Blatt —,20 Zloty (—,10 RM) Bezieher im Generalgouvernement können den Bezugspreis auf das Postscheckkonto Warschau Nr 400. Bezieher im Deutschen Reich auf das Postscheckkonto Berlin Nr 41 800 einzahlen. Auslieferung: Für das Generalgouvernement und für das Deutsche Reich durch die Auslieferungsstelle für das Verordnungsblatt Krakau 1, Postschliessfach 110 Geschäftsräume der Auslieferungsstelle: Krakau, Universitätsstrasse 16 Für die Auslegung der Verordnungen ist der deutsche Text massgebend Zitierweise: VBlGG (früher: Verordnungsblatt GGP. I/II).

Wydawany przez Urząd dla Ustawodawstwa w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa, Krakau 20, Gmach Rządowy Druk: Zeitungsverlag Krakau Warschau, Spółka z ogr odp Krakau, Poststrasse 1 Sposób ukazywania się: wedle potrzeby Prenumerata: kwartalnie 12,— złotych (6,— RM) łącznie z kosztami przesyłki Egzemplarze pojedyncze oblicza się według objętości, a mianowicie cena za każdą kartkę wynosi —,20 złotych (—,10 RM) Abonenci w Generalnym Gubernatorstwie wpłacać mogą prenumeratę na pocztowe konto czekowe Warschau Nr 400, abonenci w Rzeszy Niemieckiej na pocztowe konto czekowe Berlin Nr 41 800. Wydawanie: dla Generalnego Gubernatorstwa i dla Rzeszy Niemieckiej przez Placówkę Wydawniczą dla Dziennika Rozporządzeń. Krakau I, skrytka pocztowa 110 Lokale urzędowe Placówki Wydawniczej: Krakau, Universitätsstrasse 16 Dla interpretacji rozporządzeń miarodajny jest tekst niemiecki. Skrót: Dz. Rozp. GG. (dawniej: Dz. rozp. GGP. I/II).